

# AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2012

## Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE .....	2
COFACE antwortet auf Grünbuch zur Familienzusammenführung von Drittstaatsangehörigen .....	2
Treffen der Arbeitsgruppe 1 in Graz .....	2
Generalversammlung mit Vorstandswahlen .....	2
Internationaler Frauentag am 8. März .....	2
EU-Kommissarinnen würdigen Leistung von Frauen weltweit.....	2
Grünbuch zu mehr Frauen in Führungspositionen veröffentlicht .....	3
Europäisches Parlament fordert Frauenquoten in Wirtschaft und Politik .....	3
Zweiter europäischer Tag der Lohngleichheit „Equal Pay Day“ .....	3
Daten zur Geschlechterverteilung von Frauen und Männern in der EU .....	3
Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission .....	4
Kommission veröffentlicht länderbezogene Informationsblätter zur Strategie Europa 2020 .....	4
Medikamente sollen künftig schneller auf den Markt gelangen .....	4
Nachhaltiger Umgang mit Energie spart auch Geld.....	4
Kommission veranstaltet „Europäische eSkills Woche 2012“ .....	5
Mitteilung zur Europäischen Innovationspartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“ .....	5
Kommission richtet EU-Schutzzentrum gegen Cyberkriminalität ein .....	5
Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament .....	5
Grenzüberschreitendes Erben und Vererben soll einfacher werden .....	5
Parlament fordert Diabetes-Strategie von der Kommission .....	6
Parlament verabschiedet Resolution gegen Kinderarbeit auf Kakaoplantagen und stimmt für Internationales Kakaaabkommen .....	6
Neuigkeiten aus dem Rat der Europäischen Union.....	6
Rat verabschiedet Entscheidung zur Neuansiedlung.....	6
Konferenz zu Kinderarmut und sozialen Rechten von Kindern.....	7
Weitere Nachrichten .....	7
UN-Kinderrechtskonvention: Unterschriften zum Individualbeschwerderecht.....	7
Beschluss zur Verteilung der Mittel für das EU-Schulobst-Programm vorgelegt .....	7
Eurochild veröffentlicht Glossar „Learning for Well-Being“ .....	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8





## Neuigkeiten aus der COFACE

---

### COFACE antwortet auf Grünbuch zur Familienzusammenführung von Drittstaatsangehörigen

Die COFACE hat ihre Antwort auf die Konsultation zum Grünbuch zur Familienzusammenführung von in der EU lebenden Drittstaatsangehörigen eingereicht. Das Grünbuch wurde im November vergangenen Jahres veröffentlicht und zielt darauf ab, Grundlage einer potentiellen Änderung der EU-Familienzusammenführungsrichtlinie 2003/86/EC zu sein.

Die COFACE fordert, das Recht auf Familienleben ohne jegliche Form von Diskriminierung einzelner Personen oder Familienformen zu unterstützen. Sie spricht sich daher für das Recht auf Familienzusammenführung aus und lehnt obligatorische Maßnahmen vor der Zuwanderung, die eine Zusammenführung verhindern könnten, ab. Sie fordert zudem eine Angleichung der Standards sowie die Sicherstellung ihrer realen und effektiven Implementierung. Die prioritären Forderungen der COFACE decken sich mit denen der AGF, die ebenfalls auf die EU-Konsultation zur Familienzusammenführung geantwortet hat.

- [Grünbuch zum Recht auf Familienzusammenführung von in der EU lebenden Drittstaatsangehörigen](#) 
- [Antwort der COFACE auf die Konsultation zur Familienzusammenführung \(englisch\)](#) 
- [Informationspapier der COFACE zur Familienzusammenführung \(englisch\)](#) 
- [Antwort der AGF auf die Konsultation zur Familienzusammenführung](#) 

### Treffen der Arbeitsgruppe 1 in Graz

Am 9. März hat die Arbeitsgruppe 1 der COFACE „Family and Social Policy“ in Graz, Österreich getagt. Während des Treffens wurden u.a. die Auswirkungen der Finanzkrise auf Familien, intergenerationelle Solidarität, Gewalt in der Familie, Individualisierung sozialer Rechte sowie die Familienzusammenführung Drittstaatsangehöriger diskutiert. Am Vortag des Treffens besuchten die Teilnehmer/innen eine Informationsveranstaltung des „Garlic Projects“, das die Integration von Roma unterstützt.

### Generalversammlung mit Vorstandswahlen

Am 27. März hat die jährliche Generalversammlung der COFACE in Brüssel stattgefunden und den neuen Vorstand der COFACE gewählt. Annemie Drieskens (Belgien) ist neue Präsidentin der COFACE und tritt damit die Nachfolge des ausscheidenden Präsidenten Yves Roland Gosselin an. Helena Hilla (Finnland) und Marién Delgado (Spanien) wurden in ihren Ämtern als Vizepräsidentinnen bestätigt und Josef Jelinek (Tschechische Republik) als dritter Vizepräsident neu gewählt. Außerdem wurde Eric de Wasch (Belgien) in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt.

## Internationaler Frauentag am 8. März

---

### EU-Kommissarinnen würdigen Leistung von Frauen weltweit

Die EU-Kommissarinnen plädierten am 8. März für mehr Verantwortung für Frauen. Mit Bezug auf die herausragende Rolle der Frauen in Nordafrika während des arabischen Frühlings bedauerte die Kommissionsvizepräsidentin Catherine Ashton die Unterrepräsentierung von Frauen in der Politik. Dabei

betonte sie, dass die EU Frauengruppen und Projekte von Frauen weltweit unterstützen will. Kommissionsvizepräsidentin Neelie Kroes startete einen Aufruf für eine stärkere Rolle von Frauen im Internet.

- [Statement von Catherine Ashton zur Rolle von Frauen weltweit \(englisch\)](#) 
- [Erklärung von Neelie Kroes für eine stärkere Rolle von Frauen in der modernen Informationstechnik](#)

### Grünbuch zu mehr Frauen in Führungspositionen veröffentlicht

Vor einem Jahr rief die Kommission mit Unterstützung des Parlaments Unternehmen dazu auf, freiwillig mehr Frauen in Führungspositionen zu beschäftigen. Da sie mit den Ergebnissen jedoch noch nicht zufrieden ist, hat die Kommission nun eine öffentliche Konsultation zu gesetzlichen Regelungen für mehr Frauen in Vorstandspositionen großer Unternehmen gestartet. Bisher sind nur 13,7% der Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglieder weiblich, was im Vergleich zu 11,8% im Jahr 2010 nur eine leichte Verbesserung ist. Das Grünbuch läuft noch bis zum 28. Mai dieses Jahres und soll die Grundlage zum Beschluss weiterer Maßnahmen der Kommission sein.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu Frauen in Führungspositionen](#)
- [Grünbuch zu Frauen in Führungspositionen](#)

### Europäisches Parlament fordert Frauenquoten in Wirtschaft und Politik

Das Europäische Parlament hat sich für die Erhöhung von Frauen in Vorständen in der Wirtschaft und in der Politik ausgesprochen. Um diese Forderungen umzusetzen, sollen zunächst die Maßnahmen zur Förderung des erhöhten Frauenanteils in Führungspositionen in den einzelnen Mitgliedstaaten geprüft werden. Sofern diese unzulänglich sind, strebt das Parlament die Erhöhung von Frauen in Vorständen mittels einer gesetzlichen Quote bis 2015 auf 30% und bis 2020 auf 40% an. Für die politische Ebene forderte das Parlament ein Paritätssystem, bzw. Geschlechterquoten bei Wahlen.

- [Mitteilung des Europäischen Parlaments zur Forderung von Chancengleichheit](#)

### Zweiter europäischer Tag der Lohngleichheit „Equal Pay Day“

Am 2. März fand der zweite europäische Tag der Lohngleichheit „Equal Pay Day“ statt; der deutsche „Equal Pay Day“ wurde am 23. März begangen. Das Datum des „European Equal Pay Day“ bestimmt sich anhand der Anzahl an Tagen, die Frauen ab dem 1. Januar eines Jahres zusätzlich arbeiten müssten, um am Jahresende genauso viel zu verdienen wie ein durchschnittlicher männlicher EU-Arbeitnehmer, der die gleiche Tätigkeit ausübt. Anlässlich des „European Equal Pay Days“ stellte die Kommission Zahlen vor, die den durchschnittlichen Unterschied der Bruttolöhne von Frauen und Männern in der Wirtschaft zeigen: EU-weit erhalten Frauen durchschnittlich 16,4% weniger Lohn als Männer, in Deutschland sind es fast ein Viertel. Positiv bewertet die Kommission, dass die direkte Diskriminierung (Gehaltsunterschiede im selben Beruf) mithilfe europäischer und nationaler Rechtsvorschriften abgenommen hat.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum „Equal Pay Day“](#)

### Daten zur Geschlechterverteilung von Frauen und Männern in der EU

Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, hat Daten zur Geschlechterverteilung von Frauen und Männern in der EU veröffentlicht. Demnach kommen bei den über 65-jährigen EU-Bürger/innen 134 Frauen

auf nur 100 Männer. In der Gesamtbevölkerung sind es 105 Frauen auf 100 Männer. Mit 62 Mio. Frauen im Vergleich zu 53 Mio. Männern waren Frauen 2010 auch stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht als Männer. Die Erwerbstätigenquote der EU-Bürger/innen zwischen 25 und 64 Jahren unterscheidet sich um fast 15% zwischen Frauen (63,8%) und Männern (77,5%), wobei die Unterschiede mit steigendem Bildungsstand abnehmen.

- [Pressemitteilung von Eurostat zu Daten zur Geschlechterverteilung in der EU](#)

## Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

---

### Kommission veröffentlicht länderbezogene Informationsblätter zur Strategie Europa 2020

Um die Fortschritte der Mitgliedstaaten in Bezug auf das Erreichen ihrer vereinbarten Ziele zur Strategie Europa 2020 zu beschreiben, veröffentlichte die Kommission länderspezifische Informationsblätter. Diese in englischer Sprache verfügbaren Blätter vergleichen für diverse Indikatoren (z.B. Bildung, Klimawandel und Energie oder Soziale Integration, Armut und Gesundheit) den bisherigen Ist-Zustand der Mitgliedstaaten. Zudem wird der EU-Durchschnitt sowie der Wert des leistungsstärksten und –schwächsten Mitgliedstaates verglichen. Die Darstellungen ziehen keine konkreten Schlussfolgerungen. Sie basieren vornehmlich auf Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat, der Europäischen Umweltagentur sowie der Weltbank.

- [Mitteilung der Europäischen Kommission zu länderbezogenen Informationsblättern](#)
- [Informationsblatt über Deutschland](#) 

### Medikamente sollen künftig schneller auf den Markt gelangen

Die Kommission hat eine Richtlinie vorgeschlagen, um neu entwickelte Medikamente in Europa schneller auf den Markt zu bringen. Bisher dauerte es rund sechs Monate, bis der Verkauf ermöglicht wurde. Dieses soll laut Vorschlag der Kommission nun innerhalb von maximal vier Monaten und bei Generika bereits innerhalb von 30 Tagen geschehen. Außerdem sollen Verstöße gegen die Richtlinie strenger geahndet werden. Die vorgeschlagene Richtlinie ersetzt die EU-Transparenzrichtlinie für Arzneimittel aus dem Jahre 1989. Die neue Richtlinie, die nun dem Parlament und den Mitgliedstaaten vorgelegt wird, soll Nachteile für Patienten, Krankenkassen und die Pharmaindustrie verringern.

- [Pressemitteilung der Kommission zur Erneuerung der Arzneimittel-Richtlinie](#)

### Nachhaltiger Umgang mit Energie spart auch Geld

Die Kommission hat eine Mitteilung veröffentlicht, nach der die Nichtanwendung bereits existierender europäischer Umweltschutz-Richtlinien die europäische Wirtschaft 50 Milliarden Euro pro Jahr an Gesundheits- und direkten Umweltkosten kostet. Somit würde deutlich, dass es auch aus wirtschaftlicher Perspektive günstiger sei, Umweltschäden vorab zu vermeiden, als diese im Nachhinein bekämpfen zu müssen. Die Kommission strebt einen intensiveren Dialog mit den Regierungen und anderen Entscheidungsträgern darüber an, wie europäisches Umweltrecht besser umgesetzt werden kann. Die Ergebnisse der Diskussionen sollen Grundlage für das siebte Umweltaktionsprogramm sein, das voraussichtlich im April 2012 im Europäischen Parlament abgestimmt wird.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zu effektiverem Umweltschutz](#)

## Kommission veranstaltet „Europäische eSkills Woche 2012“

Die Kommission hat die „Europäische eSkills Woche 2012“ veranstaltet, die vom 19. bis zum 30. März auf die große Bedeutung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Berufsleben aufmerksam machen sollte. Die Kommission mutmaßt, dass bis zum Jahr 2015 IKT-Kenntnisse für rund 90% der Arbeitsplätze in Europa unabdingbar sind. Vielen Jugendlichen fiel es schwer, private Computerkenntnisse im Berufsleben anzuwenden.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur „Europäischen eSkills Woche 2012“ \(englisch\)](#)
- [Weitere Informationen zur „Europäischen eSkills Woche 2012“ \(englisch\)](#)

## Mitteilung zur Europäischen Innovationspartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“

Die Mitteilung an das Parlament und den Rat erläutert, wie sie den strategischen Plan der Europäischen Innovationspartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“ umsetzen möchte. Der Plan wurde im November 2011 vorgelegt, um die durchschnittliche Anzahl gesunder Lebensjahre um zwei Jahre bis 2020 zu erhöhen: Prävention und frühzeitige Diagnose, Pflege und Behandlung sowie Aktives Altern und unabhängiges Leben im Alter. Die Kommission schlägt Maßnahmen vor, wie z.B. die Anpassung des Regelwerks, ein Förderprogramm für die Schwerpunkte der Innovationspartnerschaft, eine Mitteilungsverpflichtung der Zielsetzung der Akteur/innen an die Kommission sowie eine ab April online verfügbare Website zum Austausch von Ideen und guten Erfahrungen.

- [Mitteilung der Europäischen Kommission zu „Aktivität und Gesundheit im Alter“](#)
- [Strategischer Plan zur Umsetzung der Innovationspartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“ \(englisch\)](#)
- [Website der Innovationspartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“ \(englisch\)](#)

## Kommission richtet EU-Schutzzentrum gegen Cyberkriminalität ein

Die Kommission hat Pläne vorgestellt, mit denen ein neues Schutzzentrum im Kampf gegen organisierte Cyberkriminalität in Den Haag eingerichtet werden soll. Das Zentrum soll als zentrale Schaltstelle für die Zusammenarbeit in der europaweiten Bekämpfung der Cyberkriminalität fungieren, um den Verbraucher/innen Freiheit, Offenheit und Sicherheit im Internet zu ermöglichen. Ein Schwerpunkt des Schutzzentrums soll die Bekämpfung von Cyberstraftaten sein, die eine schwere Schädigung ihrer Opfer bewirken (z.B. über das Internet begangene sexuelle Ausbeutung von Kindern). Weitere Inhalte sind der Schutz der Nutzerprofile sozialer Netzwerke vor Missbrauch und die Vermeidung von Cyberangriffen auf Infrastrukturen und Informationssysteme der EU.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum EU-Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität](#)

## Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament

---

### Grenzüberschreitendes Erben und Vererben soll einfacher werden

Das Parlament hat einer im Jahr 2009 ausgearbeiteten Verordnung zur Bearbeitung grenzüberschreitender Erbschaftsfälle zugestimmt. In der EU wohnende Personen sollen mit der Verordnung künftig die Möglichkeit

haben, ihren Nachlass vorab zu regeln und somit die Rechte der Erb/innen zu schützen. Damit die Verordnung in Kraft treten kann, muss der Ministerrat ihr noch formal zustimmen.

- [Mitteilung des Europäischen Parlaments zum grenzüberschreitenden Erben](#)

### Parlament fordert Diabetes-Strategie von der Kommission

Das Parlament hat einen Entschließungsantrag zu Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Diabetes-Erkrankungen in der EU verabschiedet. Damit fordert es von der Kommission Vorschläge für eine EU-weite Diabetes-Strategie, um die Vorsorge, Diagnose und Behandlung der Volkskrankheit zu verbessern. Des Weiteren soll die Koordinierung und Finanzierung der Erforschung von Diabetes optimiert werden. EU-weit sind rund 32 Millionen Menschen an Diabetes erkrankt und weitere 32 Millionen Menschen zeigen erste Symptome einer Erkrankung.

- [Mitteilung des Europäischen Parlaments zur Forderung einer Diabetes-Strategie](#)
- [Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Maßnahmen zur Bekämpfung von Diabetes](#)

### Parlament verabschiedet Resolution gegen Kinderarbeit auf Kakaoplantagen und stimmt für Internationales Kakaoabkommen

Das Parlament hat eine Resolution gegen Kinderarbeit beim Kakaoanbau verabschiedet. Kinderarbeit ist ein weitverbreitetes Phänomen im Kakaobohnenanbau, das sich auf eine Mischung aus Tradition, Armut, fehlender Alternativen, mangelndem Rechtsschutz und unzureichender Bildung zurückführen lässt. Mit 40% Importanteil der Welternte ist die EU weltweit der größte Importeur von Kakaobohnen und trägt somit eine besondere Verantwortung für die Produktionsbedingungen der Kakaobohnen in Westafrika und Südamerika.

Weiterhin hat das Parlament für das Internationale Kakaoabkommen gestimmt, das den weltweiten Kakao-Handel fairer und nachhaltiger gestalten soll und fortan zehn Jahre gültig ist. Es soll den Produzent/innen der Kakaobohnen einen fairen Anteil an den Profiten aus dem Kakaobohnenhandel sichern, während die Verbraucher/innen von höherwertigen Kakaobohnen und mehr Lebensmittelsicherheit profitieren.

- [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zur Resolution gegen Kinderarbeit auf Kakaoplantagen und zum Internationalen Kakaoabkommen](#)

## Neuigkeiten aus dem Rat der Europäischen Union

---

### Rat verabschiedet Entscheidung zur Neuansiedlung

Der Rat hat eine Entscheidung zur Neuansiedlung mit den Prioritäten für das Jahr 2013 verabschiedet. Damit werden u.a. Regeln zur finanziellen Unterstützung durch den Europäischen Flüchtlingsfonds der an dem Programm für Neuansiedlung teilnehmenden Mitgliedstaaten festgelegt. Pro Person, die neu angesiedelt wird, sollen die Mitgliedstaaten einen festen Betrag von 4000 Euro erhalten. Die Mitgliedstaaten, die zum ersten Mal finanzielle Unterstützung aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds beantragen, sollen 6000 Euro pro neu angesiedelter Person erhalten. Menschen, die neu angesiedelt werden müssen, sind z.B.: besonders Schutzbedürftige wie Frauen und Kinder, unbegleitete Minderjährige sowie Menschen, die Gewalt und Folter überlebt haben oder der Verfolgung ausgesetzt sind.

- [Pressemitteilung des Rates der Europäischen Union zur Neuansiedlung](#)

## Konferenz zu Kinderarmut und sozialen Rechten von Kindern

Die Dänische Ratspräsidentschaft hat in Kooperation mit der Europäischen Kommission und der internationalen Gruppe „Europe de l’Enfance“ eine Konferenz zu Kinderarmut und sozialen Rechten von Kindern veranstaltet. Das Hauptaugenmerk der Konferenz lag auf der Bedeutung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Politik und der Entwicklung sozialer Dienstleistungen. Kinder und Jugendliche würden mittels Partizipation Fertigkeiten und Wissen erlangen, die insbesondere für diejenigen wichtig seien, die schlechte Erfahrungen mit dem Schulsystem gemacht haben oder aufgrund ihres familiären Hintergrundes oder einer Behinderung benachteiligt sind.

- [Programm der „Conference on Child Poverty and Children’s Social Rights“ \(englisch\)](#)

## Weitere Nachrichten

---


### UN-Kinderrechtskonvention: Unterschriften zum Individualbeschwerderecht

Bei der Sitzung des Menschenrechtsrates in Genf haben 20 Staaten, darunter auch Deutschland, ein im Dezember 2011 beschlossenes Zusatzprotokoll (siehe [AGF Europa News vom Januar 2012](#)) zur UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet. Das Zusatzprotokoll ermöglicht ein Individualbeschwerdeverfahren bei der Verletzung von Kinderrechten, sodass Einzelne oder Gruppen von Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit haben, sich an den unabhängigen UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes zu wenden. Dieses ist nur möglich, wenn der innerstaatliche Rechtsweg ausgeschöpft ist. Sofern der Ausschuss einen Fall aufnimmt, wird der betroffene Staat aufgefordert, Stellung zu beziehen. Das Zusatzprotokoll zur Individualbeschwerde tritt nach der Ratifizierung von mindestens zehn Staaten in Kraft. Die Ratifizierungen sind nach der Unterzeichnung des Protokolls der nächste Schritt.

- [Mitteilung von Eurochild zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Individualbeschwerderecht \(englisch\)](#)

### Beschluss zur Verteilung der Mittel für das EU-Schulobst-Programm vorgelegt

Der Managementausschuss des EU-Schulobst-Programms hat einen Beschluss zur Verteilung der Mittel für das kommende Schuljahr 2012/2013 gefasst. An dem europäischen Schulobst-Programm beteiligen sich derzeit 24 Mitgliedstaaten, für die insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Mit Hilfe des EU-Schulobst-Programms werden Obst und Gemüse an Schulkinder verteilt, um einen Beitrag zur gesunden Ernährung zu leisten. Deutschland erhält mit 11,6 Millionen Euro nach Italien den zweitgrößten Anteil. Um den Beschluss durchzusetzen muss er von der Kommission bestätigt werden, diese wird sich in den kommenden Wochen damit befassen.

- [Mitteilung der Kommission zur Finanzierung des EU-Schulobst-Programms \(englisch\)](#) 
- [Übersicht zum EU-Schulobst-Programm \(englisch\)](#)

### Eurochild veröffentlicht Glossar „Learning for Well-Being“

Eurochild hat in Kooperation mit anderen europäischen Stiftungen, die sich für die Rechte von Kindern einsetzen, das Glossar „Learning for Well-Being – a policy priority for children and youth in Europe“ herausgegeben. In diesem Glossar werden Grundlagen zum Wohlbefinden von Kindern und damit in

Verbindung stehenden politischen Entscheidungen dargelegt. Dabei werden insbesondere die Wahrnehmung von Kindern, Lernen, Gesundheit und Bildung ausführlich analysiert.

- [Glossar „Learning for Well-Being – a policy priority for children and youth in Europe“ \(englisch\)](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

- EU-Kommission: Konferenz [“Innovation in Healthcare without borders“](#) (16 – 17. April 2012, Brüssel)
- COFACE: Seminar „E-Health – Challenges and opportunities for families“ (19. April 2012, Brüssel)
- EU-Kommission: Konferenz [“High Level Conference on EU Health Programmes: results and future perspectives“](#) (3. Mai 2012, Brüssel)
- Public Policy Exchange: Symposium [“Young People and Sexual Health: Integrating and Implementing the European Knowledge“](#) (15. Mai 2012, Brüssel)
- Europäische European Social Insurance Platform: Konferenz [“Aktives, gesundes Altern und Generationensolidarität: Die Rolle der Sozialversicherungen“](#) (23. Mai 2012, Brüssel)
- International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR): Konferenz [“Collaboration Instead of Collision: Family Law, Social Policy and Joint Practice“](#) (14. – 17. Juni 2012, Boston)
- European Map of Intergenerational Learning-Netzwerk: Konferenz [“Generations Ageing Together“](#) (9. – 11. Juli, Staffordshire)
- Glasgow Caledonian University und BHF National Centre: Kongress [“8<sup>th</sup> World Congress on Active Aging“](#), (13. – 17. August 2012, Glasgow)
- Eurochild: Jahreskonferenz 2012 [“Promoting the rights of children in alternative care across Europe“](#) (24. – 26. Oktober 2012, Sofia)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).